

## **Haushaltsrede zur Verabschiedung des**

### **Haushalts 2016 der Stadt Landshut**

**am 4. Dezember 2015**

**Christine Ackermann**

**Vertreterin der**

**ökologisch-demokratischen Partei ÖDP**

**im Landshuter Stadtrat**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Frau März-Granda stimmt inhaltlich meinen Ausführungen zum Haushalt 2016 zu.

Bei den Haushaltsberatungen der Stadt Landshut für 2016 wird, wie jedes Jahr, die Diskussion geführt, was will sich die Stadt leisten und was kann sie sich leisten. Und da gehen wie immer die Meinungen weit auseinander.

Umso mehr freut es mich, dass bei der Entscheidung das Bernlochener-Areal und Teile des Eon-Verwaltungsgebäudes neben dem Rathaus II im Jahre 2016 zu erwerben, ein Konsens gefunden wurde.

Das Eon-Verwaltungsgebäude ist eine optimale Ergänzung für das bereits zu klein werdende Rathaus II. Wollen wir hoffen, dass sich die Aussagen der Verwaltung bewahrheiten und es dort in den nächsten Jahren keine größeren Sanierungsmaßnahmen gibt.

Der Kauf dieser beiden Immobilien bestimmt jedoch den Haushalt für 2016 eklatant.

Der historische Bernlochenerkomplex mit dem Saal ist für die Stadt allein durch die hervorragende zentrale Lage wichtig, egal, ob dort später das Theater wieder integriert wird oder nicht. Wobei die Verwirklichung eines neuen Theaterstandortes, egal wo, noch viele Jahre dauern wird. Denn die Haushaltssituation lässt keine schnelle Lösung in den nächsten Jahren zu. Wollen wir nur hoffen, dass unser Theaterzelt so lange hält!

Hier muss gesagt werden, dass sich die Stadt Landshut

einen kostspieligen Theaterneubau oder auch eine millionenteure Sanierung momentan nicht leisten kann. Da hilft es auch nicht Planungskosten für das Stadttheater in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen. In diesem Fall könnte sonst passieren, dass die Planung bis zur tatsächlichen Umsetzung schon nicht mehr aktuell ist und somit Planungskosten umsonst ausgegeben werden. Warten wir doch, bis die Finanzierung darstellbar ist. Außerdem ist das

Theater eine freiwillige Ausgabe der Stadt, da haben andere Projekte wie die Sanierung der Schulen oder der Neubau von Kindertagesstätten mehr Priorität.

Zurück zur Frage, was kann und will die Stadt sich leisten?

Die Stadt Landshut kann sich nicht mehr viel leisten, beträgt das Investitionsvolumen für 2016 bereits 49 Mio €! Diese hohe Summe ergibt sich aus den bereits genannten Immobilienkäufen und Schulsanierungen, die in den letzten Jahren begonnen wurden und nun fertiggestellt werden müssen.

Auf Grund dieser Tatsachen muss ich meine alljährliche Forderung wiederholen, dass die freiwilligen Leistungen wenigstens zu einem Teil eingespart werden müssen. Das Volumen der freiwilligen Leistungen wurde im Vergleich zum Vorjahr um 800.000 € gesenkt, aber es werden immer noch 13,8 Mio € dafür eingeplant! Der Anteil der freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt ist nach wie vor zu hoch. Mit diesem Ansatz können und dürfen wir nicht mehr weitermachen!

Frau März-Granda und ich werden dem jetzigen Haushalt aufgrund des geringen Spielraums zwar zustimmen, betonen aber gleichzeitig, dass wir künftig nur zustimmen werden, wenn wir einen kontinuierlichen Sparwillen bei den freiwilligen Leistungen im Haushalt erkennen können.

Mein Antrag in diesem Jahr, dass die Förderung der Landshuter Sportvereine gerechter erfolgen soll, wurde leider abgelehnt. Obwohl es offenkundig ist, dass in anderen Kommunen die Vereine mit geringeren, gerechter verteilten Mitteln gut arbeiten können.

Dies würde eine Ersparnis bei den freiwilligen Leistungen und eine gerechtere Förderung der Vereine mit sich bringen! Aber dafür ist leider bei der Verwaltung und bei der Mehrheit im Stadtrat noch keine Bereitschaft zu erkennen.

Nun zurück zur Frage, was soll sich die Stadt leisten?

Hier tauchen drei große Wünsche auf: einmal der Dauerbrenner des letzten Jahres, die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung neuer Sozialwohnungen, die Sanierung der Schwimmschule und die Sanierung des Hallenbades der Grundschule Wolfgang.

Die SPD und die Grünen stellten den Antrag zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft ein Gründungskapital von 1 Mio € bereits in den Haushalt einzustellen. Das kann ich nicht unterstützen.

Grundsätzlich gebe ich diesen beiden Parteien Recht, dass in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau in Landshut seit Jahrzehnten dringender Nachholbedarf besteht. Das steigende Mietniveau und der zunehmende Bedarf an Wohnungen im unteren Preissegment zusammen mit der steigenden Einwohnerzahl verschärfen die Wohnungssituation in Landshut zusehends. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!!

Jedoch muss man abwägen, welche Maßnahmen dafür die geeignetsten sind, zumal der Stadt kaum finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Die Schreiben

von der Regierung von Niederbayern vom 25. und 26. November sprechen für sich. Eine Kreditaufnahme für den sozialen Wohnungsbau wird nur genehmigt, wenn es sich um eine rentierliche Investition handelt.

Es tut mir leid, aber die Konzepte, die von der SPD und den Grünen vorgelegt wurden, erfüllen diese Forderung nicht!

Die einzige Chance sehe ich in dem vor ein paar Tagen angekündigten Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau des Freistaates. Leider gilt dieses nur für Kommunen und nicht für städtische Wohnungsbaugesellschaften, wie es SPD und Grüne fordern! Die Investitionen, Zuschüsse und Darlehen müssen im Haushalt der Kommunen ausgewiesen werden. Die Stadt Landshut müsste also als Bauherr für Sozialwohnungen auftreten. Eine neu gegründete Wohnungsbaugesellschaft käme nicht in den Genuss von Fördergeldern.

Da verstehe ich die SPD und Grünen nicht, dass sie so stur an ihren grundsätzlichen Zielen festhalten, anstatt flexibel auf diese Änderungen einzugehen. Also lieber verzichten sie auf die so wichtigen Fördergelder und gefährden somit sozialen Wohnungsbau in Landshut, anstatt zu sagen, o.k. wir verzichten auf die Wohnungsbaugesellschaft und machen das lieber über den städtischen Haushalt und erreichen so unser Ziel.

Das positive bei dem neuen Förderprogramm ist, dass wahrscheinlich auch Wohnungssanierungen gefördert werden. Auf diesem Gebiet haben wir wirklich auch sehr starken Nachholbedarf, denn ein Großteil der kommunalen Liegenschaften ist in die Jahre gekommen und schon sehr marode.

Also warten wir doch die genauen Eckpunkte des Förderprogramms ab und prüfen dann, ob und welche Projekte wir in Landshut verwirklichen können. Ich glaube, dass im Landshuter Stadtrat bestimmt eine Mehrheit für sozialen Wohnungsbau gefunden werden kann, weil inzwischen jeder erkannt hat, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Durch bereits bestehende Förderprogramme des Freistaates ist im Bereich Sozialer Wohnungsbau schon einiges in Bewegung gesetzt worden. Die Stadt hat Grundstücke dafür ausgewiesen und der Regierung von Niederbayern wurden schon 3 - 4 Anträge für Baumaßnahmen im Bereich Sozialer Wohnungsbau vorgelegt.

Es werden also die ersten Schritte in die richtige Richtung gemacht. Die Stadt wird sicher bald folgen!

Der andere Wunsch, der momentan heiß diskutiert wird, ist ein Neubau der Schwimmschule bzw. die Sanierung des Hallenbades in der Grundschule Wolfgang.

Verständlicherweise gingen die Eltern und die Ehemaligen dieser Schule auf die Barrikaden um für Ihr Schwimmbad zu kämpfen. Haben sie doch an dieser Grundschule den Luxus, dass nicht nur wie sonst üblich die Schüler in der 3. Klasse Schwimmunterricht erteilt bekommen, sondern auch die 2. und 4. Klassen.

Ich verstehe, dass dieser Vorteil ungern abgegeben wird. Aber leider können wir den Wunsch Einzelner nicht berücksichtigen, sondern müssen das Wohl aller Bürger der ganzen Stadt im Blick haben und dazu gehört auch ein Abwägen des Leistbaren und eine Gerechtigkeit gegenüber Allen.

Dennoch wird die Verwaltung prüfen, ob das St. Wolfganglehrschwimmbecken sinnvoll und wirtschaftlich durch die Stadt oder die Stadtwerke saniert und betrieben werden kann. Für mich stellt sich allerdings die Frage, ob man ein Schwimmbecken überhaupt wirtschaftlich sanieren und betreiben kann?

In einem neuen Hallenbad der Schwimmschule hätten alle Grundschüler den Komfort von höhenverstellbaren Becken für den Schwimmunterricht.

Ein weiterer Vorteil wäre, dass die Energiekosten langfristig gesenkt werden können und alle Landshuter Bürger ein neues Familienbad zu hoffentlich moderaten Preisen nutzen könnten. Außerdem müsste bei einem Neubau das Hallenbad für einen Winter nicht geschlossen werden, so wie es bei einer Generalsanierung der Fall wäre.

Da ich Stadträtin aller Landshuter Bürger bin, gebe ich der Lösung, das Stadtbad zu erneuern den Vorzug!

Einen Wermutstropfen hat jedoch meine Forderung nach einem neuen Stadtbad. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadtwerke wurden in den letzten Jahren durch die Realisierung des Biomasseheizkraftwerkes und die Beteiligung an der Windkraftanlage sehr strapaziert. Diese Investitionen waren vollkommen richtig und zukunftsweisend, auch wenn es wegen erhöhter Baukosten im Fernwärmebereich einige Unkenrufe gab.

Mit diesen Projekten macht sich die Stadt unabhängiger von fremder Energie und von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen! Zusätzlich bleibt die Wertschöpfung in der Kommune und geht nicht mehr an Erdöl- oder Erdgas exportierende Länder.

Aus diesem Grund schlage ich vor, mit dem Bau eines neuen Stadtbades noch ein paar Jahre zu warten, bis sich die Finanzlage der Stadtwerke durch Erlöse aus dem Strom-, Gas- und Fernwärmebereich wieder etwas erholt hat. Bis dahin sollten nur die dringendsten Sanierungsmaßnahmen erfolgen.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Landshut stimmen Frau März-Granda und ich zu.

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke, den Haushalts- und Wirtschaftsplänen der Hl. Geistspitalstiftung und der Waisen- und Jugendstiftung der Stadt Landshut für das Haushaltsjahr 2016 stimmen Frau März-Granda und ich als Vertreter der ÖDP ebenso zu.

Für die stets gute Zusammenarbeit möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung sehr herzlich bedanken. Frau März-Granda und ich möchten allen, auch Ihnen Herr Oberbürgermeister ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr wünschen.

Diese guten Wünsche gelten ebenso für die Gäste und die Vertreter der Presse.